

270285-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – VG Ulmen, Kliding - Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung

Außenanlagen - Objektplanung Freianlagen

OJ S 77/2026 21/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Ortsgemeinde Kliding

E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VG Ulmen, Kliding - Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung Außenanlagen - Objektplanung Freianlagen

Beschreibung: Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die Objektplanung Freianlagen gem. Teil 3 Abschnitt 2 HOAI für die Umgestaltung der zum Bürgerhaus Kliding gehörenden Außenanlagen, Leistungsphasen (LPH) 1-9 (aufgrund von Eigenleistungen des Auftraggebers teilweise nur in Teilen), ergänzt durch die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen. Es wird auf den Vertragsentwurf inklusive dessen Anlagen verwiesen, welcher Bestandteil der Vergabeunterlagen ist. Die Beauftragung der Leistungen erfolgt stufenweise (s. Angaben zu den Optionen sowie Angaben im Vertragsentwurf).

Gegenstand dieses Verfahrens sind nur die vorgenannten Leistungen der Objektplanung Freianlagen. Die weiteren erforderlichen Planungsleistungen werden gesondert vergeben.

Kennung des Verfahrens: 7b8ab4d2-8484-419e-834e-d012e797394d

Interne Kennung: 02-10-2025-02

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: 56825 Kliding

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXVHY55YT8NKNKGZU# 1)

Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Angebots gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Bei BGen ist nur ein Angebot (Angebotsblatt, ggf. Kalkulationsblätter und Darstellung zu den Zuschlagskriterien) einzureichen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Eignungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen. 2) Eignungsleihe (§ 47 VgV) Beabsichtigt der Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Eignungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Eignungsbogen bzw. dem Angebot vorzulegen. 3) Unteraufträge (§ 36 VgV) Beabsichtigt der Bieter eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bieter die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bieter hat mit dem Angebot im Eignungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. 4) Angebotsunterlagen / Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare (bzw. anstelle des Eignungsbogens die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)) zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Eignungsbogen und dem Angebot sowie auf den geforderten Anlagen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an den dafür vorgesehenen Stellen der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bieter die Eigenerklärung abgibt. Mit Angebotsabgabe ist eine Darstellung zu den qualitätsbezogenen Zuschlagskriterien einzureichen, welche Bestandteil des Angebots ist. Die Form der Darstellung ist grds. frei wählbar, es ist jedoch auch hier die Textform erforderlich. Außerdem soll das vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Deckblatt vorangestellt werden. Das Angebot und der Eignungsbogen sind mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen bei der angegebenen Kontaktstelle vollständig elektronisch über das Vergabeportal einzureichen. Die Abgabe in elektronischer Form ist ausschließlich mit dem cosinex Desktop-Bietertool oder alternativ rein webbasiert (direkt über den Browser ohne Nutzung des Bietertools) im Bereich "Angebote" möglich. Eine detaillierte Anleitung zur Abgabe von Angeboten finden Sie unter: <https://csx.de/JiViu>. Zur Abgabe über das Bietertool finden Sie außerdem eine "Schritt für Schritt"-Anleitung

auf der Website der Zentralen Vergabestelle ZUCK unter: <https://ikz-zuck.de/infos-fuer-bieter/>. Weitere Informationen, insbesondere Hilfestellungen bei technischen Problemen, finden Sie unter <https://support.cosinex.de/unternehmen/>. Der Eignungsbogen und das Angebot müssen die geforderten Unterlagen (Erklärungen u. Nachweise) enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- und /oder nicht fristgerecht oder in Papierform eingereichte Angebote, Eignungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Für die Erstellung und Einreichung des Angebots sowie der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabeportal rlp.vergabekommunal.de zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB der Vergabeplattform. 6) Kommunikation Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Fragen zum Vergabeverfahren können daher ausschließlich über das Kommunikationstool des Projektraums gestellt werden. Zum Versenden von Nachrichten sind die Registrierung und Bestätigung der Teilnahme am Verfahren erforderlich. 7) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Eignungsbogen) vorzulegen. 8) Informationen zum Wettbewerbsregister Der Auftraggeber ist gemäß § 99 GWB öffentlicher Auftraggeber und somit gesetzlich verpflichtet, ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR netto über den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erfolgen soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 S. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes einzuholen. 9) Angaben zur Wertung der Angebote - Zuschlagskriterien Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Maßgebende Bewertungs-/Zuschlagskriterien sind: 1.0 Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise, Wichtung: 50,0 v.H. 2.0 Honorar, Wichtung 50,0 v.H. Im Weiteren wird auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie auf die Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien verwiesen, welche in den Vergabeunterlagen enthalten sind.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:
Betrug:
Korruption:
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:
Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher
Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VG Ulmen, Kliding - Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung Außenanlagen - Objektplanung Freianlagen

Beschreibung: 1. AUSGANGSSITUATION Die Ortsgemeinde Kliding plant die Erweiterung des bestehenden Bürgerhauses. Ziel ist es, das Gebäude funktional zu verbessern, barrierefrei auszubauen und die Außenanlagen neu zu gestalten. Der bestehende, stark sanierungsbedürftige Toilettentrakt sowie die Pausenhofüberdachung sind rückzubauen, um Platz für einen neuen Erweiterungsbau zu schaffen. Dieser soll alle erforderlichen Räumlichkeiten enthalten. Das bestehende Bürgerhaus (ohne Toilettenanlage) ist von der Maßnahme nicht betroffen. Es sind lediglich kleinere Anpassungsarbeiten an der Bestandsfassade im Übergangsbereich zum Neubau geplant. Der bisher genutzte, jedoch nicht barrierefreie Saal im Obergeschoss des Gebäudes soll zukünftig nicht mehr verwendet werden. Im Zuge der Maßnahme wird auch der verbleibende (unbebaute) ca. 350 Quadratmeter große Außenbereich des Bürgerhauses einer umfangreichen Sanierung und Neugestaltung unterzogen. Hier ist z.B. eine Stützmauer zum angrenzenden Nachbar abgängig und muss ersetzt werden. 2. PROJEKTUMFANG UND MAßNAHMEN 2.1 Abbrucharbeiten 2.2 Erweiterungsbau - Neue Nutzungseinheit 2.3 Nutzungsausschluss des alten Saals im Obergeschoss 2.4 Neugestaltung der Außenanlagen Die Außenanlagen sollen funktional, barrierefrei und optisch ansprechend neugestaltet werden. Folgende Maßnahmen sind geplant: - Neuerrichtung der Stützmauer mittels Winkelstützwänden - Erneuerung der Oberflächenentwässerung einschließlich Hofabläufen und Drainageleitungen - Herstellung einer Hoffläche aus versickerungsfähigem Pflaster - Pflanzung von bis zu zwei Bäumen mit dazugehörigen Sitzmöglichkeiten - Errichtung einer Einfriedung und Absturzsicherung aus Doppelstabmattenzaun mit einer Höhe von ca. 1,50 m - Herstellung einer seitlichen Zufahrt sowie eines Abstellplatzes für einen Getränkeanhänger 3. ZIELSETZUNG DER PLANUNG Die Planungsleistungen sollen eine funktionale, nachhaltige und wirtschaftliche Lösung

sicherstellen. Wichtige Planungsziele sind: - Verbesserung der Barrierefreiheit - Optimierte Nutzung der Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Vereinsaktivitäten - Harmonische Einbindung des Neubaus und der Außenanlagen in den Bestand. Es soll ein ganzheitliches Entwurfskonzept erarbeitet werden, so dass Bestandsgebäude, Erweiterungsbau und Außenanlagen eine Einheit mit abgestimmter Formensprache und Funktionalitäten erhalten. - Langlebige, pflegearme und versickerungsfähige sowie attraktive Gestaltung der Außenflächen. - Berücksichtigung aller relevanten Normen und Anforderungen (insbesondere Barrierefreiheit, Brandschutz, DIN-Normen, kommunale Vorgaben). 4. BESONDERE HINWEISE - Die Gemeinde strebt eine wirtschaftliche Bauweise mit hoher Dauerhaftigkeit an. - Variantenuntersuchungen sind erwünscht (z. B. Dachform, Material der Fassaden, Entwässerungskonzept). Es soll ein Förderantrag aus dem I-Stock auf Basis der vom AN zu erstellenden Entwurfsplanung und Kostenberechnung gestellt werden. Für den Bauablauf stellt der Auftraggeber folgende Anforderungen in zeitlicher Hinsicht: Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung einschließlich der Kostenberechnung) müssen bis zum 30.09.2026 vollständig erbracht sein. Der Fördermittelantrag wird anschließend auf Grundlage der zuvor erstellten Unterlagen durch die VG Ulmen bearbeitet und muss bis spätestens zum 15.10.2026 bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell eingereicht werden. In der Regel beläuft sich die Bearbeitungszeit des Antrages auf ca. 6 Monate. Sofern dem Antrag stattgegeben und einer Förderung zugestimmt wird, ist mit einer Fortführung der weiteren Planungsleistungen zwischen Anfang bis Mitte 2027 zu rechnen. Aufgrund der Nichteinschätzbarkeit der Bearbeitungsdauer des Förderantrages und des Bauantrages können die Termine für weitere Leistungen erst mit Beauftragung dieser weiteren Leistungen einvernehmlich festgelegt werden. Es wird derzeit von einer Gesamtprojektlaufzeit von ca. 36 Monaten ausgegangen. Der Aufwand für das Anfertigen von Bestandsaufmassen der Außenanlagen (Freianlagen) und des alten Bürgerhauses (Gebäude und Innenräume) wird im Rahmen der angebotenen besonderen Leistungen abgerechnet. Das Aufmaß des alten Bürgerhauses dient u.a. der Darstellungen des Gesamtkomplexes im Kontext der Neubauplanung sowie der Digitalisierung des Gebäudebestandes.

Interne Kennung: 02-10-2025-02

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber behält sich die stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1: LPH 1-3 nach § 39 HOAI
Leistungsstufe 2: LPH 4 nach § 39 HOAI
Leistungsstufe 3: LPH 5-7 nach § 39 HOAI
Leistungsstufe 4: LPH 8-9 nach § 39 HOAI
Mit Vertragsschluss werden zunächst nur die Leistungen der Leistungsstufe 1 (Grundleistungen und die in den beauftragten Leistungsphasen erforderliche Besonderen Leistungen) beauftragt. Die weiteren Leistungsstufen (Grundleistungen und im Zusammenhang benötigte Besondere Leistungen) werden nach Bedarf ganz oder in Teilen beauftragt/abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Leistungen über die Leistungsstufe 1 hinaus besteht nicht. Es wird auf den Vertragsentwurf verwiesen, welcher Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: 56825 Kliding

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance# Der Auftraggeber führt

wegen Überschreitung des maßgeblichen Schwellenwertes bei Addition der geschätzten

Auftragsvolumina der Planungsleistungen ein EU-weites Vergabeverfahren durch. Die

weiteren für die Maßnahme/das Projekt "Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung

Außenanlagen" erforderlichen Planungsleistungen werden gesondert vergeben. Es gelten die

Bewerbungsbedingungen, welche in den Vergabeunterlagen enthalten sind.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs-,

Handels- und Partnerschaftsregister - Der Bieter hat eine Eigenerklärung zur Eintragung in

einem Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister mit dem Angebot abzugeben. Auf

gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist als Beleg ein aktueller Auszug aus dem

einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in

Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder

Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die

Gesellschaftsform dies erfordert.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit -

Berufshaftpflichtversicherung - Als MINDESTSTANDARDS werden gefordert:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE für alle beauftragten

Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von

mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens 2-fachen Maximierung bei

einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den

Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder

Kreditversicherers. Bei einer Bietergemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz

eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner

Mitglieder der ARGE abdecken. Als NACHWEIS ist mit dem Angebot vorzulegen: Eine

aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit

dem geforderten Versicherungsschutz oder alternativ eine schriftliche Erklärung der

Versicherung nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die ARGE muss eine Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssummen beträgt. Bei einer Bietergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE bestätigen. Alternativ kann eine Versicherungsbestätigung über den geforderten Versicherungsschutz von allen ARGE-Mitgliedern vorgelegt werden, wenn und soweit gerade auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, mitversichert ist; aus der Bescheinigung muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, enthalten ist.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Berufsqualifikation der technischen Fach- und Führungskräfte - Die nachfolgend im Einzelnen aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte (Definition Führungskraft: Eine Person, die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter, Bauleiter und deren Stellvertreter.) namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: - der Projektleiter und dessen Stellvertreter - der Bauleiter und dessen Stellvertreter. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Eignungsbogen) zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen sind durch Einreichung entsprechender Studien- und/oder Ausbildungsnachweise (Urkunden, Zertifikate oder entsprechendes) ZU BELEGEN. Als MINDESTSTANDARDS werden gefordert: Der PROJEKTLEITER muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung im Fachbereich Bauingenieurwesen, Architektur, Landschaftsarchitektur, Landschaftsplanung oder vergleichbar oder eine adäquate abgeschlossene Ausbildung als staatlich geprüfter /anerkannter Techniker oder Meister in der entsprechenden Fachrichtung und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren im Bereich der Landschaftsplanung bzw. -architektur nach Studienabschluss bzw. Ausbildungsabschluss nachweisen. Der BAULEITER muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Bauingenieurwesen, Architektur, Landschaftsarchitektur, Landschaftsplanung oder vergleichbar oder eine adäquate abgeschlossene Ausbildung als staatlich geprüfter /anerkannter Techniker oder Meister in der entsprechenden Fachrichtung und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren im Bereich der Landschaftsplanung bzw. -architektur nach Studienabschluss bzw. Ausbildungsabschluss nachweisen, davon mind. 3 Jahre in der Bauleitung (Baustellenpraxis).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen - Für den Bieter (Unternehmen/Büro)/die Bietergemeinschaft und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und

die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Kurzbezeichnung der Referenz / der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name, Anschrift und Kontaktdaten, c) Art der Maßnahme (Neugestaltung oder Umgestaltung von Freianlagen/Außenanlagen), d) öffentliche Zugänglichkeit der beplanten Freianlagen/Außenanlagen, e) Angabe zum Bauwerksbezug der beplanten Freianlagen/Außenanlagen (z. B. Freianlagen von Bürger-/Gemeindehäusern, Schulen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Verkaufs-, Gast- oder Beherbergungsstätten, Funktionsbauten oder vergleichbar) f) Schwierigkeitsgrad der Maßnahme (Honorarzone), g) Größe der beplanten Freifläche/Außenanlagen (in Quadratmetern), h) erbrachte Leistungsphasen, i) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis), Abschluss der LPH 8 sowie der Fertigstellung und der Inbetriebnahme der Freianlagen/Außenanlagen, j) Kurze und aussagekräftige Beschreibung der Baumaßnahme und der durchgeführten Maßnahmen im Bereich Objektplanung Freianlagen. Für die Referenzprojekte gelten folgende MINDESTANFORDERUNGEN: 1. Bieter (Unternehmen/Büro)/Bietergemeinschaft: Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-6 und 8 gem. § 39 HOAI) für die Neu- oder Umgestaltung von öffentlich zugänglichen Außenanlagen von mind. 300 qm (zu beplanende Fläche) mit vergleichbaren Anforderungen (z.B. Freianlagen /Außenanlagen von Bürger-/Gemeindehäusern, Schulen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Verkaufs-, Gast- oder Beherbergungsstätten, Funktionsbauten oder vergleichbar). Der Schwierigkeitsgrad muss mindestens Honorarzone III zugeordnet sein. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 nach dem 31.12.2020 und Fertigstellung oder Inbetriebnahme der Freianlagen/Außenanlagen bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist. 2. Bauleiter Mind. 1 persönliche Referenz über die Objektüberwachung (LPH 8 gem. § 39 HOAI) für die Neu- oder Umgestaltung von öffentlich zugänglichen Außenanlagen von mind. 300 qm (zu beplanende Fläche) mit vergleichbaren Anforderungen (z.B. Freianlagen /Außenanlagen von Bürger-/Gemeindehäusern, Schulen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Verkaufs-, Gast- oder Beherbergungsstätten, Funktionsbauten oder vergleichbar). Der Schwierigkeitsgrad muss mindestens Honorarzone III zugeordnet sein. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 nach dem 31.12.2020 und Fertigstellung oder Inbetriebnahme der Freianlagen/Außenanlagen bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist. Die Referenzen müssen dem/der benannten Bieter/Unternehmen /Bietergemeinschaft bzw. Bauleiter eindeutig zuzuordnen sein und jeweils von diesem verantwortlich bearbeitet worden sein. Die Referenzen des/der Bieters/Unternehmens /Bietergemeinschaft sowie des Bauleiters dürfen identisch sein, wenn Sie die jeweiligen Mindestanforderungen erfüllen. Es ist jedoch für jeden einzeln das bereitgestellte Formblatt auszufüllen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Beschäftigtenzahl - Der Bieter hat mit dem Angebot eine Eigenerklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bieters (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Als MINDESTSTANDARDS werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bieters (inkl. Büroinhaber/Geschäftsführer, ausgenommen Auszubildende, Praktikanten, freie Mitarbeiter und (studentische) Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 11/05/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY55YT8NKNKGZU/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY55YT8NKNKGZU>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY55YT8NKNKGZU>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 19/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 52 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 56 VgV nachzufordern. Bieterunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Angebotsfrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Teilnahme von Bietergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (s. Eignungsbogen inkl. Anlagen). Es dürfen nur solche Bieter am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung vorzulegen. Ein entsprechendes Formblatt wird in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Ein bevollmächtigter Vertreter ist zu benennen. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist mit dem Angebot einzureichen. Ein entsprechendes Formblatt wird in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Zentrale Vergabestelle ZUCK

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Zentrale Vergabestelle ZUCK

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Ortsgemeinde Kliding

Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 071355003000-001-37

Postanschrift: Schulstraße 2

Stadt: Kliding

Postleitzahl: 56825

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)

Land: Deutschland

Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle ZUCK, Marktplatz 1, 56766 Ulmen

E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de

Telefon: +49 2676409307

Internetadresse: <http://www.ikz-zuck.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Vergabestelle ZUCK

Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 071355003000-001-37

Postanschrift: Marktplatz 1

Stadt: Ulmen

Postleitzahl: 56766

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)

Land: Deutschland

Kontaktperson: ZVS-ZUCK, Marktplatz 1, 56766 Ulmen

E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de

Telefon: +49 2676409307

Internetadresse: <http://www.ikz-zuck.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Registrierungsnummer: t:06131162234

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Stadt: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)

Land: Deutschland

Kontaktperson: - Vergabekammer -

E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

Internetadresse: <https://mwwlw.rlp.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

a57c98d5-1829-49e1-ad77-5c8eccc8f79a-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Korrektur – Beschaffer

Beschreibung

:

Vor der Veröffentlichung vorgenommene Änderungen wurden in der EU-Bekanntmachung nicht übernommen. Daher mussten diese nachträglich berichtigt werden. Die Angaben wurden

auf der Vergabeplattform korrekt veröffentlicht. In Nummer 2.1.4. der EU-Bekanntmachung 266951-2026 - Informationen ist in Nr. 9 ist die Wichtung des Zuschlagskriteriums 1.0 Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise mit 40 v.H. angegeben. Richtig wäre jedoch 50,0 v.H.. In Nummer 5.1.9. der EU-Bekanntmachung - Eignungskriterien: fehlt der Punkt "Eintragung im Handelsregister". Dieser wurde ergänzt.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: In Nummer 2.1.4. der EU-Bekanntmachung 266951-2026 - Informationen ist in Nr. 9 angegeben: "9) Angaben zur Wertung der Angebote - Zuschlagskriterien Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Maßgebende Bewertungs-/Zuschlagskriterien sind: 1.0 Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise, Wichtung: 40,0 v.H. 2.0 Honorar, Wichtung 50,0 v.H. Im Weiteren wird auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie auf die Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien verwiesen, welche in den Vergabeunterlagen enthalten sind." Anstatt dessen muss es heißen: "9) Angaben zur Wertung der Angebote - Zuschlagskriterien Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Maßgebende Bewertungs-/Zuschlagskriterien sind: 1.0 Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise, Wichtung: 50,0 v.H. 2.0 Honorar, Wichtung 50,0 v.H. Im Weiteren wird auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie auf die Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien verwiesen, welche in den Vergabeunterlagen enthalten sind." _____ In Nummer 5.1.9. der EU-Bekanntmachung - Eignungskriterien: fehlt der Punkt "Eintragung im Handelsregister". Dieser wurde wie folgt ergänzt: "Kriterium: Eintragung im Handelsregister" Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs-, Handels- und Partnerschaftsregister - Der Bieter hat eine Eigenerklärung zur Eintragung in einem Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister mit dem Angebot abzugeben. Auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle ist als Beleg ein aktueller Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert." _____ Die Angaben auf der Vergabeplattform und in den eingestellten Unterlagen sind korrekt. Eine Korrektur und/oder Ergänzung ist nicht erforderlich. Eine Änderung der Auftrags-/Vergabeunterlagen ist nicht erforderlich.

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 95ff1de0-21e4-42f1-9cf5-0a8c4cd96870 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 20/04/2026 10:50:57 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 270285-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 77/2026

Datum der Veröffentlichung: 21/04/2026